

Widerspruch, Anpassung, Aufbruch – Politik in West-Berlin nach dem Mauerbau 1961–1963

Unmittelbar nach dem Mauerbau beschrieb der Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* die Gefühlslage in West-Berlin wie folgt: Sie gleiche einem Patienten, der nach schwerem Autounfall im Hospital aufwacht, sich von Freunden umgeben sieht, die ihm fröhlich zusprechen, wie viel Glück er gehabt habe. Doch nachdem sie den Raum verlassen haben, wird er sich bewusst, dass ihm ein Bein amputiert worden ist.¹ Um im Bild zu bleiben: Auch noch einige Zeit nach dem Mauerbau lag West-Berlin auf der Intensivstation. Dabei musste der Patient befürchten, weitere Körperteile zu verlieren und vielleicht sogar die Lebensfähigkeit.

Für die West-Berliner und ihre politische Führung war die Krise mit dem Mauerbau keineswegs vorbei und ausgestanden. Dass der 13. August 1961 als Bestätigung des Status quo zu verstehen sei, der das akute Konfliktpotenzial im Kalten Krieg deutlich verringerte, war zunächst alles andere als die Sichtweise der unmittelbar Betroffenen. Dieser Beitrag geht daher der Frage nach, wie der Regierende Bürgermeister Willy Brandt und der von ihm geführte Senat während des Mauerbaus und in den ersten beiden Jahren danach agiert bzw. wie sie auf die sich ergebenden nationalen und internationalen Entwicklungen reagiert haben. Kurzgefasst kann man die Politik in West-Berlin zwischen August 1961 und Dezember 1963 überschreiben mit den Stichworten Widerspruch, Anpassung, Aufbruch.

1.

Die *Phase des Widerspruchs* begann bereits Wochen und Monate vor dem Mauerbau. Anfang Mai 1961 beschwor Willy Brandt auf dem Landesparteitag der Berliner SPD erstmals die sich abzeichnende Gefahr. Wenn man Berlin sage, dürfe man nicht nur West-Berlin meinen. „Wir müssen uns mehr als bisher darum bemühen, den Deutschen und der ganzen Welt zu zeigen, dass wir *eine* Stadt geblieben sind und bleiben wollen. (...) [U]nsere Mitbürger im anderen Teil der Stadt und in der Zone sollen wissen, dass wir nicht auf ihrem Rücken zur Rettung einer eigenen

¹ Zit. bei Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 137.

scheinbaren Freiheit irgendeiner so genannten Lösung der Berlinfrage zustimmen werden, bei der zwar auf Frist gewisse Rechte in Westberlin gewahrt bleiben mögen, aber die deutsche Frage von der Tagesordnung der internationalen Politik abgesetzt würde und eine Staatsgrenze mitten durch die Stadt liefe.“² Sehr viel klarer als die Bundesregierung in Bonn, die sich bemühte, die Berlin-Frage herunterzuspielen, sah man im Rathaus Schöneberg voraus, welche Entwicklung sich abzeichnete und wie schlecht der Westen darauf vorbereitet war. Am 27. Juni 1961 notierte Egon Bahr in einem Vermerk für Willy Brandt: „Ich könnte mir vorstellen, dass eine ‚kleine‘ von der ‚DDR‘ inszenierte Krise in der Totalkontrolle der Sektorengrenze mit den daraus resultierenden Folgen für die Flüchtlinge bestehen könnte. Jedenfalls muss man mit etwas derartigem in der ersten Septemberhälfte rechnen.“³

Hinsichtlich des von Nikita Chruschtschow angedrohten separaten Friedensvertrags und der für diesen Fall geplanten westlichen Reaktionen erklärte der Regierende Bürgermeister am 12. Juli 1961 in einer Senatssitzung, an der auch Bundeskanzler Adenauer teilnahm: Die Westalliierten bereiteten sich vielleicht auf die falsche Hochzeit vor, die gar nicht stattfindet. Wörtlich sagte Brandt: „Ich bin der Ansicht, dass der Amerikaner feststeht. Wenn die Zufahrtswege abgesperrt und der Luftverkehr abgebrochen wird, dann knallt es. Nur meine Sorge ist, dass die anderen schlau genug sein könnten, diese Punkte zu umgehen, und dann hilft uns des Westens Garantieverprechen nichts, wenn es Situationen gibt, die nicht einbezogen sind.“⁴ Um die „todernste Bedrohung für Berlin wegzudrücken“, müssten die Westmächte Verhandlungen mit der Sowjetunion suchen, verlangte Brandt. Dabei sollten sie – so seine auch öffentlich vorgetragene Idee – die Einberufung einer großen Friedenskonferenz mit allen 53 deutschen Kriegsgegnern vorschlagen. Das Kalkül, das dahinter steckte, lautete: Die Berlin-Frage wäre damit in Gespräche über einen Friedensvertrag für Deutschland eingepackt worden und solange solche Gespräche andauerten, würden Moskau und Ost-Berlin am Abschluss eines separaten Friedensvertrags oder an anderen einseitigen Schritten gehindert. Die Konferenz würde zudem klarmachen, so Brandt, dass auch der Westen einen Friedensvertrag wolle und keine staatsrechtliche Zementierung der deutschen Teilung.

Es war ein ebenso verzweifelter wie illusionärer Versuch, Zeit zu gewinnen und Druck von Berlin wegzunehmen. Von einer großen Friedenskonferenz hielt der Bundeskanzler gar nichts, so dass diese Initiative schon deshalb im Sande verlaufen musste. Adenauer versuchte zu beschwichtigen und versicherte Brandt, der als SPD-Kanzlerkandidat auch sein Herausforderer bei der anstehenden Bundestagswahl war, am 12. Juli 1961: „Bitte seien Sie davon überzeugt, dass

2 Willy Brandt, Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD, 6. Mai 1961, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (AdsD), Willy-Brandt-Archiv (WBA), A 3, 116. Hervorhebung wie im Quelltext.

3 Siehe AdsD, Dep. Bahr, 1/EBAA000153.

4 „Vermerk über die Senatssitzung mit dem Bundeskanzler am 12. Juli 1961“, in: AdsD, WBA, A 6, 71.

insgeheim das Berlin-Problem bearbeitet wird.“ Der Kanzler versprach auch, sehr enge Föhlung zu halten. „Um so enger, je kritischer die Situation.“⁵

Willy Brandt war von diesen Versprechungen offenkundig nicht überzeugt. Denn bei seinen Wahlkundgebungen beschwerte er sich immer heftiger über die Unbeweglichkeit der Adenauer'schen Deutschlandpolitik. Dass diese Kritik unmittelbar vor dem 13. August 1961 ihren Höhepunkt erreichte, hatte gewiss auch wahltaktische Gründe. In erster Linie aber waren es beunruhigende Nachrichten aus Ost und West, die Brandt dazu veranlassten, Alarm zu schlagen. Am 7. August erhielt er eine Mitteilung des SPD-Ostbüros über eine Besprechung hochrangiger Vertreter im DDR-Gesundheitsministerium, die drei Tage zuvor stattgefunden hatte. Die dem Bericht zugrundeliegende Quelle äußerte darin den Eindruck, dass Maßnahmen zur militärischen Abriegelung West-Berlins von Ost-Berlin und der DDR kurz vor der Durchführung stünden. Im Bezirk Potsdam hielten sich demnach 14.000 NVA-Leute für die Absperrung bereit.⁶

Am 10. August erfuhr Brandt dann, dass sich die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik in Paris darauf verständigt hatten, a) einen separaten Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR hinzunehmen, wenn die „*three essentials*“ von US-Präsident Kennedy vom 25. Juli 1961 davon nicht berührt würden, und b) in Vier-Mächte-Verhandlungen „eine auf Berlin und sogar Westberlin begrenzte Regelung anzustreben“. In einer Besprechung mit Außenminister Heinrich von Brentano, die tags darauf in Bonn stattfand, machte der Regierende Bürgermeister sehr deutlich, dass er diese Vorschläge entschieden ablehnte. Dabei wies Brandt auch auf die Gefahr drohender Absperrmaßnahmen in Berlin hin.⁷ Doch die Bundesregierung blieb bei ihrer abwartenden Haltung.

Nur vor diesem Hintergrund ist die dramatische Rede zu erklären, die der SPD-Kanzlerkandidat am 12. August 1961 auf dem Marktplatz in Nürnberg hielt. Brandt sprach von der Angst, „dass die Maschen des Eisernen Vorhangs zuzementiert werden“, und er warnte, die Sowjetunion bereite einen Anschlag gegen das deutsche Volk vor. Gleichzeitig rechnete er mit der passiven Politik Bonns scharf ab und ging die Westmächte hart an: „Wir haben Freunde, aber wir sind in der Gefahr zu Sündenböcken gemacht zu werden. Wir werden nicht unsere Verfassung brechen, die uns die Wiedervereinigung zur Pflicht macht. Auch unsere Verbündeten dürfen sich aus der Verantwortung für einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland nicht herausdrängen lassen. Sonst gäbe es eine Vertrauenskrise.“⁸ Die Warnung vor drohenden Absperrmaßnahmen war erst in der Nacht zuvor in die Rede aufgenommen worden. Der damalige SPD-Pressesprecher Franz Barsig berichtete später, Willy Brandt habe an diesem Tag zu ihm gesagt: „Ich muss so sprechen; denn jetzt glaube ich, dass Ulbricht doch die Mauer bauen wird.“⁹

5 Ebd.

6 „Vor Maßnahmen gegen Westberlin“, 4. August 1961, in: AdsD, WBA, A 6, 75.

7 Siehe „Material zum 13. August 1961“, März 1962, in: AdsD, WBA, A 6, 76. Vgl. auch Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt/Main 1989, S. 57.

8 Siehe das Manuskript der Nürnberger Rede in: AdsD, WBA, A 3, 122.

9 Zit. bei Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Berlinkrise und Mauerbau, Bonn 1985, S. 61.

2.

Als nur wenige Stunden später – ohne separaten Friedensvertrag und ohne Blockade aller Zugangswege – die Grenzabriegelung in Berlin begann und der Westen nichts dagegen unternahm, trat die befürchtete Vertrauenskrise ein. Trauer, Enttäuschung und ohnmächtige Wut kennzeichneten die Stimmung in der Stadt. Die demonstrative Zurückhaltung der Westmächte und der Bundesregierung verstärkte den Schock für die West-Berliner. Sie fühlten sich allein gelassen und ihr Glauben an eine Zukunft in Freiheit wurde schwer erschüttert. Die psychologischen Folgen des 13. August 1961 wurden in den westlichen Hauptstädten zunächst unterschätzt oder gar nicht wahrgenommen.

Der Regierende Bürgermeister musste den Nöten, Ängsten und Erwartungen der Bevölkerung öffentlich Ausdruck geben und zugleich die Emotionen kanalisieren, um eine Explosion zu verhindern. Dabei hatte Brandt nicht nur die Berliner in beiden Teilen der Stadt, sondern auch die Menschen in der DDR im Blick. „Der Krieg lag auf der Straße“, erklärte er rückblickend bei einem Landesparteitag der Berliner SPD am 2. Dezember 1961. Aber zum Aufstandsappell habe er sich nicht durchringen können, fügte Brandt hinzu.¹⁰ Bereits seine Rede vor dem Abgeordnetenhaus am Abend des 13. August war eine sehr schmale Gratwanderung gewesen. Zum einen verurteilte Brandt die Absperrungen aufs Schärfste und rückte die SED-Führung in die Nähe des NS-Regimes: „Die Betonpfeiler, der Stacheldraht, die Todesstreifen, die Wachtürme und die Maschinenpistolen, das sind die Kennzeichen eines Konzentrationslagers.“ Zum anderen forderte der Regierende Bürgermeister die Westmächte auf, darauf zu bestehen, „dass die rechtswidrigen Maßnahmen rückgängig gemacht werden und die Freizügigkeit wiederhergestellt wird“.¹¹

Die Berliner erwarteten vom Westen Taten statt Worte. Doch die Regierungen der Westmächte ließen sich sogar mit ihren schriftlichen Protesten Zeit. Und statt sofort in Berlin Flagge zu zeigen, machte Adenauer weiter Wahlkampf. Die von Brandt zuvor in Nürnberg geäußerte harsche Kritik an der Bonner Deutschlandpolitik, deren Scheitern nun offensichtlich war, nahm der greise Kanzler sehr übel. Sich darauf beziehend, antwortete Adenauer am 14. August 1961 in Regensburg mit der Diffamierung seines innenpolitischen Konkurrenten: „[I]ch bin der Auffassung, wenn einer mit der größten Rücksicht behandelt worden ist von seinen politischen Gegnern, dann ist das der Herr Brandt alias Frahm.“¹²

In dieser Situation entschloss sich der Regierende Bürgermeister, an der Bundesregierung vorbei, direkt dem amerikanischen Präsidenten zu schreiben. Brandts Sorge war, dass die westliche Passivität den Kreml zum baldigen Abschluss eines separaten Friedensvertrages geradezu ermuntern könnte. Den Bau der Mauer betrachtete er damals als ersten Schritt hin zur Schaffung

10 Siehe das Manuskript der Rede auf dem SPD-Landesparteitag in: AdsD, WBA, A 3, 130.

11 Willy Brandt, Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966, bearb. von Siegfried Heimann, Berlin 2004 (Berliner Ausgabe, Bd. 3), S. 324–333.

12 Die Rede ist dokumentiert in <http://www.konrad-adenauer.de/index.php?msg=9754> (25. Januar 2012).

einer Freien Stadt West-Berlin. In seinem Brief an John F. Kennedy vom 15. August 1961 warnte Brandt explizit vor einer Abschnürung West-Berlins von der Bundesrepublik: „Dieser zweite Akt ist eine Frage der Zeit.“¹³ Daher schlug er dem US-Präsidenten die Proklamierung eines Drei-Mächte-Status für den freien Westteil Berlins vor. Das sollte verhindern, dass der Vier-Mächte-Status künftig nur auf die Westsektoren bezogen werden könnte. Auch die weiteren an Kennedy adressierten Vorschläge des Regierenden Bürgermeister – nämlich die alliierte Garnison demonstrativ zu verstärken und die Garantie zu wiederholen, dass die Westmächte bis zur Wiedervereinigung Deutschlands in West-Berlin bleiben würden – zielten darauf ab, für West-Berlin ein Höchstmaß an Sicherheit zu bekommen.

Auf den freimütig-forschen Brief des Berliner Stadtoberhauptes reagierte der amerikanische Präsident bekanntlich sehr verärgert. Gegenüber Mitarbeitern äußerte er sich drastisch: “I don’t trust this man at all. (...) Where does he get off calling me a friend?”¹⁴ Kennedys Antwortschreiben, das Vizepräsident Lyndon B. Johnson am 19. August 1961 persönlich an Brandt übergab, fiel entsprechend harsch und für den Empfänger ernüchternd aus: Die meisten Anregungen des Regierenden Bürgermeister, so der US-Präsident, stellten verglichen mit dem, was geschehen sei, „Lappalien“ dar. Die Proklamierung eines formellen Drei-Mächte-Status für West-Berlin lehnte Kennedy ab, da dies eine Schwächung des Vier-Mächte-Status mit sich bringen würde, auf dem die Opposition gegen die Grenzschließung beruhe.¹⁵ Abgesehen von der Entsendung seines Stellvertreters, der zusammen mit General Lucius D. Clay nach Berlin kam, gab es nur eine einzige unmittelbare Aktion, die Kennedy ergriff und die den Forderungen Brandts Rechnung trug: Die Verstärkung der US-Truppen in der Stadt um 1.500 Mann. Die amerikanischen Soldaten wurden bei ihrem Eintreffen am 20. August von der West-Berliner Bevölkerung enthusiastisch gefeiert. Die Aufstockung der Garnison fiel militärisch nicht ins Gewicht, aber sie hatte enorme symbolische und psychologische Bedeutung. Sie stellte das Vertrauen der Eingeborenen zu den USA vorübergehend wieder auf eine festere Grundlage.

Die Zeit der Unsicherheit war indes noch lange nicht vorüber. Die Zukunftsaussichten für die eingemauerte Stadt waren wirtschaftlich alles andere als rosig. Eine unmittelbare Folge des Mauerbaus war das Ausbleiben von rund 56.000 registrierten Einpendlern aus Ost-Berlin und den Randgebieten, die als „Grenzgänger“ bei den Arbeitsämtern im Westteil der Stadt registriert waren. Diese und tausende nicht registrierte Arbeitskräfte fehlten West-Berlin und konnten zunächst nicht ersetzt werden. In einem Bericht des DIW hieß es Ende 1961: „Die nunmehr

13 Berliner Ausgabe, Bd. 3, S. 336–338.

14 Zit. bei Arne Hofmann: *The Emergence of Détente in Europe. Brandt, Kennedy, and the Formation of Ostpolitik*, New York 2007, S. 31 f.

15 Dokumentiert ist das Schreiben bei Diethelm Prowe: *Der Brief Kennedys an Brandt vom 18. August 1961. Eine zentrale Quelle zur Berliner Mauer und der Entstehung der Brandtschen Ostpolitik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)* 33 (1985), S. 373–383. Dass Kennedy sich darin für die Proklamation eines Drei-Mächte-Status für West-Berlin ausgesprochen habe, wie Küsters schreibt, ist unzutreffend. Vgl. Hanns Jürgen Küsters: *Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963*, in: *VfZ* 40 (1992), S. 483–542 (S. 530).

offenbar endgültige Verhinderung von Zuwanderungen aus Mitteldeutschland würde – solange nicht Arbeitskräfte aus Westdeutschland in großer Zahl nach West-Berlin übersiedeln – zu einem Schrumpfen der Bevölkerung in einem wirtschaftlich untragbaren Ausmaß führen.“¹⁶ Trotz zahlreicher Steuervergünstigungen und Förderungen und trotz der 1962 eingeführten Zulage für Arbeitnehmer, der so genannten „Zitterprämie“, zogen zunächst mehr Menschen – vor allem junge Leute – aus der ohnehin überalterten Stadt ab als Personen aus der Bundesrepublik oder dem Ausland zuwanderten. Die Zahl der in West-Berlin Beschäftigten sank nach dem Mauerbau binnen fünf Jahren um 160.000 – ein Rückgang um 15%. Das Wirtschaftswachstum stagnierte; die Grundstückspreise fielen deutlich. Es dauerte Jahre, bis sich die Wirtschaft vom Mauerschock erholte.¹⁷

Kein Wunder, dass West-Berlin von einigen Bonner Politikern als hoffnungsloser Fall angesehen wurde. Innenminister Gerhard Schröder (CDU), der nach der Bundestagswahl das Auswärtige Amt übernahm, betrachtete die Stadt als „wachsende Geschwulst“, die die Sicherheit der Bundesrepublik gefährde, und wünschte eine Frontbegradigung.¹⁸ Im September 1961 soll er in einem Hintergrundgespräch mit Journalisten für die freiwillige Räumung West-Berlins und die Gründung von Neu-Berlin in der Lüneburger Heide plädiert haben. Wenige Wochen später fragte Kennedys Sonderbotschafter für Berlin, General Clay, bei Willy Brandt an, ob einflussreiche Kreise in der Bundesrepublik, Berlin aufgeben wollten. Dabei deutete Clay an, sich auch auf Äußerungen von Franz-Josef Strauß zu beziehen.¹⁹ Zum Glück wollte die große Mehrheit der Westdeutschen die Stadt nicht preisgeben. Nach dem Mauerbau wurden die Unterstützungsleistungen immer weiter ausgeweitet. Ohne den massiven Finanztransfer aus dem Bundeshaushalt hätte West-Berlin nicht überlebt. Schon 1962 machte die Berlin-Hilfe der Bundesrepublik fast 40% des West-Berliner Haushalts aus. In den achtziger Jahren stieg diese Quote sogar auf über 50%.²⁰

Für anhaltende Unsicherheit in West-Berlin sorgten nicht zuletzt die sprunghaften Überlegungen der wichtigsten Schutzmacht. Denn nach dem Mauerbau setzten die USA ihre Abkehr von der Wiedervereinigungspolitik konsequent und mitunter sehr radikal fort, was sich auch auf die Berlin-Frage auszuwirken drohte. Als Ende September 1961 die amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche begannen, war für Präsident Kennedy selbst eine internationale Freie Stadt West-Berlin unter UN-Garantie kein Tabu mehr.²¹

16 Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Nr. 49, 8. Dezember 1961.

17 Vgl. Karl-Heinz Arnold: Nach Abschottung die Zitterprämie. West-Berlin: Ökonomie und Demografie während der Mauerzeit, in: Berlinische Monatsschrift 10 (2001), S. 42–50.

18 Vgl. Torsten Oppeland: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002, S. 422–424.

19 Vgl. Wolfgang Schmidt: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963, Wiesbaden 2001, S. 411.

20 Vgl. Arnold, Nach Abschottung die Zitterprämie, S. 48.

21 Entsprechende Berichte der *New York Times* vom 6. und 8. September 1961 sind dokumentiert in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Band 7: 12. August bis 31. Dezember 1961, bearb. von Gisela Biewer, Frankfurt/Main 1976, S. 365f. und S. 397.

Nach einer USA-Reise Anfang Oktober 1961 hielt Willy Brandt in einem Memorandum, das an die Bundesregierung und die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Fraktionen adressiert war, besorgt fest: Nicht alle in Amerika würden verstehen, dass es beim – so wörtlich – „Drei-Mächte-Status für West-Berlin“ bleiben müsse. „Die originären Rechte der Westmächte bieten mehr Sicherheit und enthalten weniger Risiken als jede andere bisher erörterte Konstruktion“, betonte Brandt. Darüber hinaus bestand er auf einer klaren Interpretation von Kennedys *“three essentials”*. Das Recht auf freien Zugang habe nicht nur für die Garnisonen zu gelten, sondern auch für die Zivilbevölkerung. Zudem sei die Lebensfähigkeit West-Berlins nicht gewährleistet, wenn die Stadt nicht zum Währungs-, Wirtschafts- und Rechtsgebiet der Bundesrepublik gehöre. „Diese Bindungen sollten gestrafft werden“, forderte der Regierende Bürgermeister.²² Doch die völlige Eingliederung West-Berlins in die Bundesrepublik, die er damit einmal mehr ins Spiel brachte, lehnte die Bundesregierung mit Verweis auf den Vier-Mächte-Status entschieden ab.

In einem Brief an Bundeskanzler Adenauer beschwerte sich Brandt im November 1961 bitter: Man helfe Berlin nicht, wenn man so tue, als ginge es um den Erhalt des Status quo und des Viermächtestatus. Durch den Mauerbau, aber auch durch den zeitweiligen Verzicht auf Bundestagssitzungen in Berlin, habe man es zum einen mit einem Status quo minus zu tun. „Zum anderen gibt es keine genaue Beschreibung der Grenzen, deren Überschreitung die Westmächte unter keinen Umständen hinnehmen werden. Die an sich richtigen Formulierungen wie ‚freier Zugang‘ und ‚Lebensfähigkeit West-Berlins‘ bieten keine ausreichende Sicherheit gegen die Salamtaktik der östlichen Seite. Ohne sehr genaue Konkretisierungen helfen uns diese Formeln nicht weiter.“²³ Vor dem Deutschen Bundestag bekräftigte Brandt am 6. Dezember 1961 noch einmal die alten Grundsatzpositionen: „Der in den letzten Jahren gemeinsam vertretene deutsche Standpunkt, dass es keine isolierte Berlin-Lösung gibt, bleibt richtig. Wir müssen deshalb eine Statusverschlechterung für Westberlin ablehnen.“²⁴

Seine auch öffentlich geäußerte Befürchtung, dass West-Berlin „die Glieder stückweise abgehackt“²⁵ werden könnten, blieb auch in den ersten Monaten des Jahres 1962 akut. Chruschtschow erhöhte wieder einmal den Druck. Sowjetische Störmanöver in den alliierten Luftkorridoren brachten US-Militärflugzeuge, aber auch westliche Zivilmaschinen mehrere Male in ernste Gefahr. Die zur gleichen Zeit laufenden geheimen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf gaben aus Sicht der West-Berliner ebenfalls zu großer Beunruhigung Anlass. Der Vorschlag der US-Regierung zur Einrichtung einer internationalen Zugangsbehörde mit Vertretern aus 13 Staaten stieß sowohl bei der Bundesregierung als auch beim Berliner Senat auf sehr deutliche Ablehnung. Das löste im April 1962 die bis dahin schwerste Krise in den

22 Siehe das Memorandum vom 11. Oktober 1961, in: AdsD, WBA, A 6, 71.

23 Siehe das Schreiben Brandts an Adenauer, 16. November 1961, in: AdsD, WBA, A 6, 32.

24 Siehe Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 50, Bonn 1962, S. D 53–D 64.

25 Manuskript der Rede auf einer Kundgebung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, 27. Oktober 1961, in: AdsD, WBA, A 3, 128.

deutsch-amerikanischen Beziehungen aus. Bundesminister Heinrich Krone, ein Mitbegründer der CDU in Berlin, notierte damals in sein Tagebuch: „Wenn es zu einem Abschluss mit den Sowjets auf dieser Basis käme, würden die Möbelwagen in Berlin nicht ausreichen; Berlin würde eine tote Stadt.“²⁶

Der Regierende Bürgermeister und sein SPD/CDU-Senat schätzten die Sache kaum anders ein. Offiziell und im Prinzip stimmten sie zwar einer internationalen Zugangsbehörde zu. Aber das von den Amerikanern vorgeschlagene Modell sah Willy Brandt als „Monstrum von Behörde“ an.²⁷ Besser als eine solche „unbewegliche Maschine“ mit 13 Mitgliedern wäre seiner Meinung nach eine Vier-Mächte-Lösung mit deutsch-deutscher Beteiligung gewesen. Die mit diesem 4+2-Modell verbundene de-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte und die Bundesrepublik hätte er akzeptiert.²⁸ Die Bundesregierung sperrte sich jedoch dagegen.

3.

Obwohl der Regierende Bürgermeister weiter vor zu weit gehenden Konzessionen an den Osten warnte, hatte die *Phase der Anpassung* an die sich wandelnde westliche Deutschland- und Berlin-Politik schon begonnen: Denn wie Brandt Anfang Januar 1962 in einem *Spiegel*-Interview zugab, hatte auch er zur Kenntnis nehmen müssen, dass „kaum irgend jemand in der Welt“ geneigt war, über die Berlin- und Deutschlandfrage in einem Paket zu verhandeln. Aber wenn man auf einen Modus vivendi in Berlin abziele, dann – so lautete seine Bedingung – sollte der Westen die Verhandlungen auf zwei elementare Punkte lenken: 1. auf die präzise Festlegung des Begriffs „freier Zugang“ und 2. auf die Wiederherstellung eines Minimums an menschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Berlins, z. B. durch die Einrichtung eines begrenzten, kontrollierten Personenverkehrs. Zum zweiten Punkt erklärte Brandt erstmals öffentlich seine Bereitschaft, mit Ost-Berlin zu verhandeln, wobei er zu diesem Zeitpunkt an technische Gespräche zwischen den beiden Stadtverwaltungen im Auftrag der Vier Mächte dachte.²⁹

Das Eingeständnis, auf unabsehbare Dauer mit der Mauer leben zu müssen, mochte der Regierende den West-Berlinern allerdings noch nicht zumuten. Der Weg dahin war ein langsamer, sehr schmerzhafter Prozess. In den ersten Monaten nach dem 13. August 1961 fehlte bei kaum einer von Brandts Reden die kategorische Forderung „Die Mauer muss weg“.³⁰ Persönliche Betroffenheit und der Eindruck, dass bei den westlichen Freunden im Allgemeinen und in Amerika im Besonderen eine unklare Vorstellung darüber herrschte, was die Mauer wirklich bedeutete³¹, bestimmten diesen Appell. Der Satz „Die Mauer muss weg“ entsprach zugleich der

26 Heinrich Krone: Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Adenauer-Studien, Bd. III, Mainz 1974, S. 134–201 (S. 186).

27 Vgl. Willy Brandt: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 38.

28 Vgl. Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte, S. 439 und 471.

29 Vgl. Berliner Ausgabe, Bd. 3, S. 359–365.

30 Vgl. z. B. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 7, S. 656–661 und S. 926–931.

31 Siehe das Memorandum vom 11. Oktober 1961 (Anm. 22).

Seelenlage der Stadt, die sich in einem emotionalen Ausnahmezustand befand: Spontane Protestaktionen hatten bereits unmittelbar nach dem Mauerbau eingesetzt. Die West-Berliner boykottierten die von der DDR betriebene S-Bahn. Es entstand das mobile „Studio am Stacheldraht“, das an der Mauer entlang fuhr und über Lautsprecher an NVA-Soldaten appellierte, nicht auf Flüchtlinge zu schießen. Mit stiller Unterstützung von Behörden und führenden Politikern bekämpften Studenten die Mauer, gruben Fluchthelfer heimlich Tunnel, um Verwandte und Freunde aus Ost-Berlin herauszuholen.³²

In all dem spiegelten sich die Grundhaltung der Bevölkerung und das Selbstverständnis West-Berlins als „Frontstadt des Kalten Krieges“ wider, die seit 1948 gegen den Kommunismus um ihre Freiheit kämpfte. Willy Brandt war die Stimme dieses „freien Berlins“. In dieser Rolle besaß der Regierende Bürgermeister natürlich Gestaltungsspielraum. Aber vor allem nach dem Mauerbau war der Erwartungsdruck der öffentlichen und veröffentlichten Meinung, sich gegenüber dem kommunistischen Regime so unversöhnlich wie nur möglich zu zeigen, enorm hoch. Wer dem nicht entsprach, riskierte das Ende seiner politischen Karriere. So wurde der Kreuzberger Bezirksbürgermeister Willy Kressmann (SPD) im Sommer 1962 von der lokalen Presse und schließlich von der eigenen Partei gnadenlos aus dem Amt gedrängt. Der Anlass: Während einer USA-Reise hatte sich Kressmann dafür ausgesprochen, dass die West-Berliner Polizei an der Mauer zurückhaltender auftreten sollte, um keinen Krieg auszulösen.³³

Meistens dämpfte Brandt mit seinen Reden die Emotionen, doch konnte er die Stimmung auch kräftig anheizen. Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD erklärte er am 2. Dezember 1961 beispielsweise: „Wir werden hier in dieser Stadt nicht auf lange Sicht diese Mauer ertragen können. Wir werden uns nicht damit abfinden, daß das Schlagwort ‚die Mauer muß weg‘ ein gleiches Schlagwort wird wie das von der Wiedervereinigung Deutschlands. Wir werden es auf die Dauer niemandem verbieten können, das, was er über die Mauer denkt, nicht nur zu sagen, sondern seinem Empfinden auch stärkeren Ausdruck zu verleihen. Es soll niemand glauben, daß es uns leicht fällt, unsere Polizei gegen junge Menschen einzusetzen, wenn sie gegen die Unmenschlichkeit protestieren wollen. Es soll weiter niemand glauben, daß wir die Mauer gleichsam einfrieren lassen, damit sie schließlich nur noch ein Ausflugsziel für Stadtrundfahrten bleibt.“³⁴ Noch am 1. Mai 1962 versprach der Regierende Bürgermeister 700.000 Teilnehmern einer Kundgebung am Reichstag: „Niemand wird uns dazu bringen können, die Mauer anzuerkennen oder gar zu garantieren. Die Mauer ist keine Grenze, sie ist eine Schande. Wer sich mit ihr abfindet, läßt Schande auf sich.“³⁵

32 Vgl. Marion Detjen: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989, Berlin 2005.

33 Vgl. Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte, S. 447.

34 Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 7, S. 1023–1033.

35 Siehe das Manuskript der Rede vom 1. Mai 1962, in: AdsD, WBA, A 3, 136.

Im Frühjahr und Sommer 1962 erreichte die Empörung über die Schüsse und die Toten an der Mauer ihren Höhepunkt. Zwischen August 1961 und Juni 1962 kamen – wie wir heute wissen – 26 Menschen bei oder im Zusammenhang mit Fluchtversuchen ums Leben. Dabei gab es allein im Zeitraum von Ende März bis Ende Juni 1962 13 Mauertote.³⁶ Am 5. April 1962 schrieb Egon Bahr in einem Vermerk an Willy Brandt, dass dringend etwas zur Hebung der Moral der Bevölkerung getan werden müsse. Es gebe ein latentes Gefühl des Unbehagens, das nicht genug geschehe und nicht energisch genug gehandelt werde. In den Boulevard-Zeitungen spiegele sich die Enttäuschung darüber, „dass von unserer Seite nicht zurückgeschossen wird. (...) Man müsste vielleicht an irgendeinem Punkt etwas Sichtbares zustande bringen oder aber auch bei einem irrsinnigen Krach sich durchsetzen.“³⁷

Am 26. Mai 1962 verübten zwei Polizisten und Fluchthelfer, die in engstem Kontakt mit Bahr gestanden haben sollen, einen Sprengstoffanschlag gegen die Mauer. Geschah diese Aktion im Wissen oder gar im Auftrag der Senatspressechefs? Dafür spricht einiges.³⁸ Gemeinsam mit Innensenator Heinrich Albertz befürwortete Bahr auch, dass die West-Berliner Polizei zurückschießen müsse, um Flüchtlinge gezielt zu schützen. Im Juni 1962 – ein 13-jähriger Junge war gerade bei einem Fluchtversuch erschossen worden – appellierte er eindringlich an den Regierenden Bürgermeister, einem Befehl zum Feuerschutz zuzustimmen, sonst würde die Mauer als Staatsgrenze akzeptiert: „Die Polizei hat einen Mord zu verhindern. (...) Auf Schüsse von drüben kann man nur mit einem Schießbefehl von unserer Seite antworten, statt den Schießbefehl von drüben durch einen Warenkredit abzukaufen.“³⁹ Es waren die Westalliierten, die wenig später alle Überlegungen des Senats in Sachen Feuerschutz stoppten.

Mit dem Tod von Peter Fechter am 17. August 1962 brachen die aufgestaute Wut und die Frustration der West-Berliner über die Mauer spontan und mit aller Heftigkeit aus. Der teils gewaltsame Protest richtete sich insbesondere gegen die Truppen der Westmächte, die sich für nicht zuständig erklärt hatten und dem hilflos im Todesstreifen verblutenden 18-jährigen Bauarbeiter nicht zu Hilfe gekommen waren. Tagelang kam es in West-Berlin zu regelrechten Straßenschlachten. Willy Brandt musste die Demonstranten mehrmals eindringlich zur Besonnenheit mahnen. Um die Krawalle zu beenden, griff die Polizei auf Verlangen der Alliierten hart durch. Zugleich beendete der Fall Fechter alle Illusionen und Selbsttäuschungen: Die Befugnisse und Garantien der Westmächte reichten nur bis zur Mauer. Und es stand fest, wie Brandt nun öffentlich erklärte, „dass der Westen keine Gewalt zur Beseitigung der Mauer, zur

36 Siehe die „Liste der 136 Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989“ unter <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Index/id/593792>

37 Siehe AdsD, Dep. Bahr, 1/EBAA000966. Auf dem Vermerk notierte Brandt am 11. April 1962 handschriftlich: „Hierüber müssten wir mal in Ruhe sprechen!“

38 Vgl. Marion Detjen: Die Mauer als politische Metapher, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 426–439 (S. 429 f.)

39 Siehe das Schreiben von Bahr an Brandt, 14. Juni 1962, in: AdsD, Dep. Bahr, 1/EBAA000137.

Wiederherstellung der vollen Vier-Mächte-Rechte anwendet“.⁴⁰ Das Wohl der Stadt wog mehr als der Hass gegen die Mauer. Der Rechtstitel für ganz Berlin war gut, aber die Garantien für West-Berlin waren lebenswichtig.

Eben diese Garantien wurden zur selben Zeit aber einem ultimativen Stresstest unterzogen. Nach dem ergebnislosen Ende der amerikanisch-sowjetischen Berlin-Verhandlungen in Genf im Sommer 1962 fühlten die West-Berliner einmal mehr das Damoklesschwert über sich schweben. Österreichs Außenminister Bruno Kreisky berichtete Willy Brandt im Juli 1962 über die neuesten Drohungen Nikita Chruschtschows: Die Sowjetunion werde den Friedensvertrag unterzeichnen und die militärische Verbindung der Alliierten mit West-Berlin abbrechen. Westliche Truppen dürften nicht in West-Berlin verbleiben. West-Berlin trockne ohnehin aus, Kapital und Intelligenz wanderten ab.⁴¹

In dieser Situation besorgte es den Berliner Senat sehr, dass das westliche Lager noch immer zu keiner einheitlichen Position in der Zugangsfrage gefunden hatte. So war ungeklärt, ob der – für West-Berlin lebenswichtige – zivile deutsche Verkehr zu den alliierten Rechten gehörte und damit unter die amerikanischen Garantien fiel. Es gab zudem weiterhin keine genaue Definition des *essentials* „ungehinderter Zugang“ bzw. des Punkts, an dem der Zugang nicht mehr als ungehindert einzustufen wäre.⁴² Egon Bahr, der am separaten Friedensvertrag nicht mehr zweifelte, hatte eine düstere Vision: Im Falle einer Blockade der Zugangswege würden die Alliierten mit ihren Militärtransporten auf den Luftweg ausweichen, die Sperrung des zivilen deutschen Verkehrs aber hinnehmen. „Das wäre wie am 13. August: sich auf ein Recht berufen, es aber im Ernstfall nicht in Anspruch nehmen. Es wäre ganz böse“⁴³, so Bahr Ende Juli 1962.

Am 7. September 1962 wurde Willy Brandt dann von den Alliierten gewarnt, dass sowjetische Truppenbewegungen auf einen bevorstehenden militärischen Handstreich gegen West-Berlin deuteten. Seinen engsten Mitarbeitern im Rathaus Schöneberg riet er daraufhin, solides Schuhwerk parat zu haben: „Es kann sein, dass wir weit laufen müssen.“⁴⁴ Vierzehn Tage später kündigte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der UNO erneut den Abschluss eines separaten Friedensvertrages an. Und eine Woche darauf sagte er seinem österreichischen Amtskollegen Kreisky, dass der gordische Knoten durchschlagen werden müsse. Beim Mauerbau sei auch nichts geschehen, so Gromyko.⁴⁵

Angesichts dieser Nachrichten bereitete sich der Berliner Senat auf die finale Krise vor. Ein möglicher Coup der Sowjetunion gegen West-Berlin war auch Thema der Gespräche, die der

40 Siehe das Manuskript der Radioansprache „Wo uns der Schuh drückt“, 2. September 1962, in: AdsD, WBA, A 3, 142.

41 Siehe das Protokoll des Gesprächs zwischen Chruschtschow und dem österreichischen Bundeskanzler Alfons Gorbach am 16. Juli 1962, in: Landesarchiv Berlin, B Rep. 002, Nr. 7993b.

42 Vgl. Schmidt, *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte*, S. 449.

43 Siehe das Schreiben Bahrs an Brandt, 26. Juli 1962, in: AdsD, WBA, A 6, 34.

44 Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 36 f.

45 Diese Informationen erhielt Brandt am 30. September 1962. Siehe seine hs. Notizen in: AdsD, WBA, A 3, 143.

Regierende Bürgermeister Anfang Oktober 1962 in Washington führte. Außenminister Dean Rusk sprach diesen Punkt von sich aus an und machte deutlich, dass die Amerikaner für ihre Anwesenheit in der Stadt bereit seien, bis zu einem Atomkrieg zu gehen. Doch der zivile deutsche Verkehr gehörte weiterhin nicht zu den Garantien der USA, wie der deutsche Gast auch bei seiner Begegnung mit Präsident Kennedy am 5. Oktober 1962 feststellen musste.⁴⁶ Wie dramatisch Brandt die Lage damals einschätzte, zeigte seine Ankündigung gegenüber der US-Regierung, bei einem Angriff auf West-Berlin die Bevölkerung in der DDR zum Aufstand aufrufen zu wollen.⁴⁷ Zudem befürwortete er – im Gegensatz zur Bundesregierung – eine sofortige militärische Beteiligung der Bundeswehr, falls der unbehinderte Zugang nach Berlin erzwungen werden müsste.

Die „heimliche Berlin-Krise“⁴⁸, wie Brandt sie später nannte, wurde schließlich durch die dramatische Kuba-Krise völlig in den Hintergrund gedrängt. Gleichwohl spielte West-Berlin, die Achillesferse des Westens, nach wie vor eine wichtige Rolle. Noch am 5. Oktober 1962 hatte Kennedy dem Regierenden Bürgermeister unter vier Augen mitgeteilt, dass er auf eine Intervention in Kuba wegen der wahrscheinlichen Rückwirkungen auf Berlin verzichtet habe.⁴⁹ Nach der Verhängung der Seeblockade gegen die Karibikinsel am 24. Oktober 1962 rechnete die US-Regierung mit einer sowjetischen Vergeltungsaktion gegen West-Berlin. Willy Brandt zögerte dennoch nicht, dem US-Präsidenten seine vorbehaltlose Unterstützung zuzusagen.⁵⁰

Den glücklichen Ausgang des Ringens am Rande der Katastrophe nahm man gerade auch in West-Berlin mit riesiger Erleichterung auf. Die letzte Entschlossenheit, die Präsident Kennedy in der Kuba-Krise gezeigt hatte, beseitigten alle Zweifel an den amerikanischen Garantien für West-Berlin. Die Berlin-Krise war bald endgültig vorbei und der Patient konnte endlich das Krankenhaus verlassen – nicht geheilt, aber sehr gut bandagiert. Der begeisterte Jubel beim Kennedy-Besuch am 26. Juni 1963 spiegelte das wieder gewonnene Vertrauen der West-Berliner in die USA und den Glauben an die eigene Zukunft wider.

4.

Das Ende der Berlin-Krise eröffnete erst die Möglichkeit für eine praktische Politik, die auf Entspannung und vor allem auf menschliche Erleichterungen im gespaltenen Deutschland wie im geteilten Berlin abzielte. Die *Phase des Aufbruchs* begann.

46 Vgl. Schmidt, *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte*, S. 464.

47 Siehe den Vermerk Egon Bahrs vom 1. Oktober 1962, Anlage zum Fernschreiben Nr. 328 des Senats von Berlin an die Senatsvertretung in Bonn, 8. Oktober 1962, in: *AdsD, WBA, A 6*, 72.

48 Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 37.

49 Vgl. *Berliner Ausgabe*, Bd. 3, S. 385.

50 Siehe die Erklärung Willy Brandts vor dem Berliner Abgeordnetenhaus, 25. Oktober 1962, in: *Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses von Berlin*, 3. Wahlperiode, Bd. 4, Berlin 1962, S. 334.

Allerdings: Die konzeptionellen Ursprünge von Willy Brandts „Politik der kleinen Schritte“ und seiner späteren Neuen Ostpolitik liegen zu einem großen Teil bereits in den fünfziger Jahren: Ausgehend vom Postulat eines atomaren Gleichgewichts des Schreckens sprach Brandt ab 1955 immer wieder vom objektiven Zwang zur „friedlichen Koexistenz“ zwischen Ost und West. Um die Teilung der Welt und damit Europas und Deutschlands zu überwinden, plädierte er seither für das langfristig angelegte Einwirken des Westens auf die Entwicklung im Osten, d. h. für eine Politik des „friedlichen Wettbewerbs“ der Systeme, für Handel und Austausch sowie für menschliche Begegnungen über die Grenzen hinweg. Die Bundesrepublik sollte sich dabei darum bemühen, möglichst viele Kontakte zwischen den Menschen im geteilten Deutschland herzustellen. Und sie sollte endlich auch „Ostpolitik“ betreiben, so Brandt bereits im Januar 1958. Da auch die kommunistischen Regime den Erfordernissen und Ansprüchen moderner Industriegesellschaften Rechnung tragen müssten, hoffte er schon damals auf deren allmähliche Transformation und Liberalisierung.⁵¹

Diese Gedanken bestimmten auch Willy Brandts Lecture an der Harvard University im Oktober 1962 und – unter Berufung auf Kennedys Strategie des Friedens – seine Rede an der Evangelischen Akademie in Tutzing im Juli 1963. Egon Bahr hat diesem Konzept den Namen „Wandel durch Annäherung“ gegeben und mit seinem eigenen Aufsehen erregenden und umstrittenen Beitrag in Tutzing die Schlussfolgerungen für das Verhältnis zur DDR formuliert. Brandts und Bahrs primäres Ziel war es dabei, einen Weg zu finden, die Mauer mindestens zu durchlöchern, sie durchlässiger zu machen. Die Bemühungen um einen begrenzten Besuchsverkehr zwischen den getrennten Stadthälften hatten schon kurz nach dem 13. August 1961 begonnen. Aber alle Versuche des Berliner Senats, über die westlichen Stadtkommandanten, über die Treuhandstelle für den Interzonenhandel oder über das Internationale Rote Kreuz eine Passierscheinregelung zu erreichen, blieben erfolglos. Die amerikanisch-sowjetischen Berlin-Verhandlungen hatten sich des Themas gar nicht erst angenommen.

So gab es für den Berliner Senat, in dem seit dem Frühjahr 1963 die SPD mit der FDP zusammen regierte, letztlich keine Alternative mehr, als sich zu direkten Verhandlungen mit Ost-Berliner Stellen bereit zu erklären. Dass die Einladung zu Gesprächen über die Erteilung von Passierscheinen am 5. Dezember 1963 durch ein Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Alexander Abusch, ausgesprochen wurde, war unschön, aber kein Hinderungsgrund mehr. Eine Anerkennung des Staates DDR lehnten Brandt und Bahr damals allerdings noch entschieden ab. Die Anbahnung, der Verlauf und das Ergebnis der Passierscheinverhandlungen, die vom 12. bis 17. Dezember 1963 zwischen den Bevollmächtigten des Senats und der DDR-Regierung geführt wurden, trugen diesem Tabu bis in kleinste Einzelheiten Rechnung. Und doch hätte die überaus skeptische Bundesregierung – allen voran

51 Vgl. Wolfgang Schmidt: Die Wurzeln der Entspannung: Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: VfZ 51 (2003), S. 521–563.

Bundeskanzler Ludwig Erhard und Außenamtsstaatssekretär Karl Carstens – dem Abkommen um ein Haar den Bonner Segen verweigert, auf den der Berliner Senat nicht verzichten wollte und konnte.⁵²

Das erste Passierscheinabkommen war ein politischer Aufbruch und – besonders in humanitärer Hinsicht – ein Durchbruch: Vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 kamen etwa 1,2 Millionen Besuche von insgesamt über 700.000 West-Berlinern zustande. Vier bis fünf Millionen Bewohner Ost-Berlins und der DDR hatten in dieser Zeit mit West-Berlinern Kontakt, schätzte der Senat. Da es aber auch in West-Berlin nach wie vor viele kritische Stimmen gab, die angesichts der Mauer jegliche Vereinbarung mit der DDR-Führung ablehnten, musste Willy Brandt weiterhin sehr vorsichtig argumentieren. In einem vertraulichen Hintergrundgespräch mit Berliner Journalisten wiegelte der Regierende Bürgermeister am 3. Januar 1964 ab: Das Passierscheinabkommen sei keine neue Politik und die „Zone“ sei aus der Strategie „Wandel durch Annäherung“ insoweit ausgeklammert, da tiefgreifende Veränderungen dort nur über Moskau zu erreichen seien.

Zugleich aber wies Brandt auf die grundsätzliche und übergeordnete Bedeutung des ersten Passierscheinabkommens hin, das zum Vorbild für seine zukünftige Deutschlandpolitik werden sollte. Die Millionen menschlicher Begegnungen in Berlin hätten das „gesamtdeutsche Bewusstsein neu gestärkt“. Zwar werde der Senat das Abkommen auch weiterhin nur als einen humanitären Vorgang bezeichnen. Doch in Wirklichkeit sei dies, so Brandt, „ein gesamtdeutscher Vorgang, der (...) vielen Menschen drüben doch wieder das Gefühl gibt: Da ist noch etwas, da ist der andere Teil, mit dem man zusammengehört.“⁵³

52 Vgl. Schmidt, *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte*, S. 516–533.

53 Siehe das Transkript „Informationsgespräch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, mit Chefredakteuren Westdeutscher Zeitungen am 3. Januar 1964, 15.00 Uhr“, in: AdsD, WBA, A 3, 171.